

Club für Exotische Rassehunde e.V.

CER

Vereinsgerichts- ordnung



Verband für das
Deutsche Hundewesen



© CER

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeines	3
§1 Zuständigkeit	3
§2 Zusammensetzung	3
§3 Ergänzende Vorschriften	3
§4 Ausschluss und Ablehnung eines SG-Mitgliedes.....	3
II. Verfahren	3
§5 Antragsverfahren	3
§6 Zurückweisung.....	4
§7 Vorverfahren	4
§8 Förmliches Verfahren	4
§9 Ladung und Zustellung	4
§10 Vertretung	4
§11 Akteneinsicht	5
§12 Mündliche Verhandlung.....	5
§13 Beratung, Abstimmung	5
§14 Verkündung, Absetzungsfrist.....	5
§15 Entscheidungsinhalt Unterschrift, Veröffentlichung.....	5
§16 Protokollierung.....	6
§17 Schriftliches Verfahren	6
III. Schlussbestimmungen	6
§18 Wiedereinsetzung	6
§19 Wiederaufnahme	6
§20 Vollstreckung	7
§21 Gnade	7
§22 Kosten, Auslagen	7
§23 Aktenaufbewahrung Aktenvernichtung.....	7

Die Vereinsgerichtsordnung ist Bestandteil der Satzung des CER.

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung in Baunatal am 24.03.2013.

I. Allgemeines

§1 Zuständigkeit

Das Vereinsgericht (VG) entscheidet in allen nach der Satzung, vorgesehenen Fällen, soweit nicht dort eine andere Zuständigkeit ausdrücklich bestimmt ist.

§2 Zusammensetzung

Die Zusammensetzung des VG ist in der Satzung §12 Ziffer 5 geregelt.

§3 Ergänzende Vorschriften

1. Seiner Entscheidung hat das VG die Regeln der Satzung und der Ordnungen des Vereins zugrunde zu legen. Ergänzend sind ggf. die Satzung und die Ordnung des VDH und die Regeln der F.C.I. heranzuziehen.
2. Einschlägige Bestimmungen staatlichen (deutschen) Rechts sind stets zu beachten.

§4 Ausschluss und Ablehnung eines VG-Mitgliedes

1. Jedes Mitglied des VG ist von der Mitwirkung an einem Verfahren und bei der Entscheidung ausgeschlossen, wenn es selbst unmittelbar Beteiligter oder Geschädigter eines zur Streitentscheidung anstehenden Falles ist oder wenn dieses bei Personen zutrifft, mit denen das VG-Mitglied in gerader Linie verwandt oder verschwägert ist.
2. Ein VG-Mitglied kann von jedem Verfahrensbeteiligten abgelehnt werden, wenn ein objektiver, außenstehender Betrachter in der Lage des betroffenen Verfahrensbeteiligten begründete Besorgnis der Befangenheit des abgelehnten VG-Mitgliedes geltend machen könnte. Dem Ablehnungs-Verlängerungen muss stattgegeben werden, wenn einer der In Abs. 1 genannten Gründe vorliegt. Das Ablehnungsverfahren ist schriftlich unter Glaubhaftmachung des Grundes bei dem VG-Vorsitzenden anzubringen. Die Ablehnung ist nur bis zum Abschluss der Ermittlungen zulässig.
3. Über den Ablehnungsantrag entscheidet das VG ohne Mitwirkung des abgelehnten Mitgliedes endgültig; für das abgelehnte Mitglied wirkt dessen Stellvertreter mit. Der ergehende Beschluss ist schriftlich abzufassen und den Beteiligten bekannt zu machen; die Begründung steht im Ermessen des VG. Ein Mitglied des VG kann sich selbst für befangen erklären und seine Mitwirkung ablehnen. Die Gründe für ihre Befangenheit haben die Mitglieder des VG dem Vorsitzenden mitzuteilen; hält dieser sich für befangen, hat er die Gründe seinem Stellvertreter bekannt zu geben; Abs. 3 Satz 1 zweiter Halbsatz gilt entsprechend.
4. Die Mitglieder des Vereinsgerichts haben auf Befragen darzulegen, dass sie die persönlichen Voraussetzungen des § 12 Ziffer 5 in der Satzung (Rechtserfahrung, kynologische Erfahrung usw.) erfüllen. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt oder wird die Antwort verweigert, ist eine Partei berechtigt, das betreffende Mitglied des Vereinsgerichts abzulehnen.

II. Verfahren

§5 Antragsverfahren

1. Das VG wird nur auf schriftlichen Antrag eines Antragstellers tätig. Zur Antragstellung sind Vorstand und Mitglieder befugt.
2. Maßnahmen: ferner hat der Antrag zu enthalten die Gründe, aus denen das Verfahren durchgeführt werden soll, und die Beweismittel bezeichnen, vorhandenes schriftliches Beweismaterial soll beigelegt werden. Anträge und Anlagen müssen in vierfacher Ausfertigung eingereicht werden. Es muss ferner Nachweis über den geleisteten Vorschuss von 250 € erbracht werden, sofern nicht Vorschussbefreiung gem. § 12 Abs. 2 der Satzung (Vorstand) besteht. In anderen Streitfällen (§12 Abs. 1 der Satzung) gelten Satz 1 –3 entsprechend.

§6 Zurückweisung

1. Der VG-Vorsitzende kann Anträge zurückweisen, wenn die Zuständigkeit des VG nicht gegeben ist, wenn sie nicht in der Form des §5 gestellt worden sind oder wenn sie die erforderliche Sachlichkeit vermissen lassen, insbesondere wenn sie beleidigende Äußerungen oder bloße Vermutungen enthalten, oder wenn der Vorschuss nicht nachgewiesen ist. Die Zurückweisung teilt der VG-Vorsitzende dem Antragsteller schriftlich mit. Eine Anfechtung der zurückweisenden Entscheidung findet nicht statt.
2. Der Antrag kann erneut in gehöriger Form gestellt werden.

§7 Vorverfahren

1. Ein Antrag auf Einleitung und Durchführung eines VG-Verfahrens wird dem Antraggegner unter Setzung einer Frist von einem Monat zur Stellungnahme mittels eingeschriebenen Brief (mit Rückschein) zugestellt. Die Gegenäußerung ist in vierfacher Ausfertigung einzureichen. Soweit dies erforderlich erscheint, gibt der VG-Vorsitzende dem Antragsteller und dem Antragsgegner Gelegenheit zu weiteren schriftlichen Äußerungen.
2. Der Vorsitzende oder ein von ihm beauftragtes Mitglied des VG sind befugt, bereits im Vorverfahren Beweise zu erheben, insbesondere Zeugen schriftlich zu befragen.
3. In geeigneten Fällen soll der Vorsitzende bereits im Vorverfahren auf eine gütliche Einigung der Beteiligten hinwirken.
4. Das Vorverfahren endet durch einen schriftlichen Bescheid des VG-Vorsitzenden. Dieser lautet entweder auf Einstellung des Verfahrens oder auf Eröffnung des förmlichen Verfahrens.
5. Gegen den einstellenden Bescheid ist das Rechtsmittel des Einspruches innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung zulässig. Wird nicht rechtzeitig Einspruch eingelegt, ist der Bescheid endgültig. Ober den rechtzeitigen Einspruch entscheidet das VG in voller Besetzung endgültig.

§8 Förmliches Verfahren

1. Ist die Eröffnung des förmlichen Verfahrens beschlossen, so muss eine mündliche Verhandlung angesetzt werden. Bei unstreitigem Sachverhalt oder wenn beide Beteiligten schriftlich Ihr Einverständnis erklären, kann im schriftlichen Verfahren entschieden werden.
2. Der VG-Vorsitzende hat die mündliche Verhandlung so vorzubereiten, dass möglichst in einem Termin abschließend entschieden werden kann.
3. Ort und Zeit der Verhandlung werden vom Vorsitzenden im Einvernehmen mit den VG-Mitgliedern festgesetzt.
4. Der Vorsitzende entscheidet darüber, welche Zeugen zu hören und welche sonstigen Beweismittel heranzuziehen sind. Werden von den Parteien Zeugen benannt, soll der Vorsitzende sie nur dann nicht laden, wenn das, was sie bekunden können, als wahr unterstellt werden kann. Werden jedoch für ein Beweisthema mehrere Zeugen benannt, so entscheidet der Vorsitzende nach pflichtgemäßem Ermessen, ob er alle oder nur einen Zeugen laden will. Der Vorsitzende kann Ladung von Zeugen und die Herbeiziehung von Sachverständigen von der Einzahlung von Vorschüssen abhängig machen, deren Höhe er festsetzt. Wer den Vorschuss nicht oder nicht rechtzeitig oder nicht in voller Höhe leistet, trägt die Gefahr der Zurückweisung des Antrages oder des Beweismittels.

§9 Ladung und Zustellung

Der Vorsitzende lädt das VG, den Protokollführer, die Beteiligten, die Zeugen und Sachverständigen. Die Parteien sind mit Einschreibebrief mit Rückschein zu laden. Zwischen Ladung und dem Termin muss eine Frist von zwei Wochen liegen. Die Parteien sind in der Ladung darauf hinzuweisen, dass auch in ihrer Abwesenheit verhandelt und entschieden werden kann.

§10 Vertretung

Jede Partei kann sich in jeder Lage des Verfahrens durch einen schriftlichen Bevollmächtigten, der auch bei einem deutschen Gericht zugelassener Rechtsanwalt sein kann, vertreten lassen. Eine Kostenerstattung findet nicht statt.

§11 Akteneinsicht

Jeder Verfahrensbeteiligte bzw. dessen Verfahrensbevollmächtigter hat Anspruch auf Akteneinsicht.

§12 Mündliche Verhandlung

Die mündliche Verhandlung ist vereinsöffentlich. Das VG kann in begründeten Fällen auch Einzelpersonen als Gästen den Zutritt gestatten. Seine Entscheidung über die Zulassung oder deren Ablehnung ist endgültig. Sofern der Gegenstand des Verfahrens hierfür geeignet ist, hat - das VG zu Beginn der mündlichen Verhandlung - wie in jeder Lage des Verfahrens -erneut eine gütliche Einigung der Parteien anzustreben. Scheitert diese, so ist der Sachverhalt durch Vernehmung der Parteien und durch Erhebung der erforderlichen Beweise abzuklären. Zeugen und eventuell anzuhörende Sachverständige sind einzeln und in Abwesenheit der anderen Zeugen zur Person und zur Sache zu vernehmen. Nach der Beweiserhebung ist den Parteien Gelegenheit zur abschließenden Äußerung zu geben; sie haben das letzte Wort.

§13 Beratung, Abstimmung

1. Bei der Beratung dürfen nur die Mitglieder des VG anwesend sein. Der Protokollführer darf nach Abschluss der Beratung zur Aufnahme des Diktats der Entscheidungsformel zugezogen werden.
2. Alle Mitglieder des VG sind verpflichtet, über den Hergang der Beratung und Abstimmung Stillschweigen zu bewahren.
3. Das VG entscheidet mit einfacher Mehrheit. Stimmenenthaltungen sind unzulässig; dies gilt auch dann, wenn ein Mitglied bei einer eventuell vorausgegangenen Abstimmung überstimmt worden ist. Bilden sich bei der Frage, ob und welches Ordnungsmittel zu verhängen ist, drei Meinungen so wird die für das einschneidendste Ordnungsmittel abgegebene Stimme der für das nächst geringem Ordnungsmittel abgegebene Stimme hinzugerechnet.

§14 Verkündung, Absetzungsfrist

1. Die Entscheidung des VG ist nach Abschluss der Beratungen den Beteiligten unter Mitteilungen der wesentlichen Entscheidungsgründe zu verkünden.
2. Die Verkündung wird, sofern in Abwesenheit eines Beteiligten verhandelt worden ist, durch die Zustellung des Entscheidungssatzes mittels eingeschriebenem Brief mit Rückschein ersetzt.
3. Innerhalb von sechs Wochen nach der Verkündung soll die schriftlich begründete Entscheidung den Beteiligten mittels eingeschriebenem Brief mit Rückschein zugestellt werden, sofern diese nicht vorher auf Rechtsmittel verzichtet haben.

§15 Entscheidungsinhalt Unterschrift, Veröffentlichung

1. Die schriftliche Entscheidung soll enthalten:
 - a) die Bezeichnung des VG und die Namen der Mitglieder, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben;
 - b) die Bezeichnung der Beteiligten, ggf. ihrer Verfahrensbevollmächtigten;
 - c) die Entscheidungsformel mit dem Anspruch über die Kosten;
 - d) eine kurze Darstellung des Sachverhalts, wie er sich aufgrund der Beweisaufnahme ergeben hat;
 - e) die Entscheidungsgründe;
 - f) die Rechtsmittelbelehrung;
2. Die Rechtsmittelbelehrung muss enthalten:
 - Form und Frist des Rechtsmittels: Eine Anfechtung der Entscheidung des Vereinsgerichtes seitens einer Partei muss innerhalb von 4 Wochen bei der Berufungsinstanz erfolgen, ansonsten gilt die Entscheidung des Vereinsgerichtes als akzeptiert. Die Berufungsinstanz ist das VDH-Verbandsgericht.
3. Die Urschrift der Entscheidung ist von den Mitgliedern des VG, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben, zu unterzeichnen und zu den Akten zu nehmen. Ist ein Mitglied des VG an der Unterschrift gehindert, so wird dies unter Angabe des Verhinderungsgrundes von dem

Vorsitzenden und bei dessen Verhinderung von dem ältesten VG-Mitglied auf der Entscheidung vermerkt.

4. Rechtskräftige Entscheidungen sind in der nächst möglichen Ausgabe der Vereinszeitung zu veröffentlichen und / oder der Tenor der Entscheidung in der VDH-Zeitschrift „Unser Rassehund“ bekannt zu machen. Der VG-Vorsitzende bestimmt den Umfang der Veröffentlichung und Bekanntmachung.

§16 Protokollierung

1. Das Protokoll über die mündliche Verhandlung wird vom Protokollführer im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden gefertigt. Es muss enthalten:
 - a) Ort, Datum und Uhrzeit des Beginns der Verhandlung;
 - b) die Namen der Anwesenden und deren Rechtsstellung im Verfahren (Vorsitzender, Beisitzer, Antragsteller, Antragsgegner, Zeuge, Sachverständiger);
 - c) das Ergebnis eines eventuellen Schlichtungsversuchs;
 - d) die von den Parteien gestellten Anträge und die wesentlichen Erklärungen;
 - e) den wesentlichen Inhalt des Ergebnisses eines Augenscheins;
 - f) die Bezeichnung von Urkunden, die bei der Beweisaufnahme verlesen oder die sonst zum Gegenstand der Beweiserhebung gemacht worden sind;
 - g) die Feststellung sonstiger wesentlicher Prozesshandlungen;
 - h) die Entscheidungsformel mit Rechtsmittelbelehrung;
 - i) einen eventuellen Rechtsmittelverzicht der Parteien.
 - j) die Uhrzeit des Verhandlungsschlusses;
2. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen.

§17 Schriftliches Verfahren

1. Wird im schriftlichen Verfahren entschieden, gelten die §§13, 14 Abs.142 2, 15 entsprechend. Anstelle des Entscheidungssatzes im Sinne des §14 Abs. 2 wird die voll abgesetzte schriftliche Entscheidung des Beteiligten mittels eingeschriebenem Brief mit Rückschein zugestellt.
2. Entscheidungen im schriftlichen Verfahren dürfen nur ergehen, nachdem jede Partei von dem entscheidungserheblichen Vorbringen der Gegenpartei in Kenntnis gesetzt worden ist und Gelegenheit zur Einsichtnahme in Beweiserhebungen gehabt hat.

III. Schlussbestimmungen

§18 Wiedereinsetzung

1. Hat ein Verfahrensbeteiligter eine Frist versäumt, so ist ihm auf seinen Antrag Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu erteilen, falls er innerhalb eines Monats nach Wegfall des Hinderungsgrundes einen entsprechenden Antrag stellt und glaubhaft macht, dass ihm die Einhaltung der Frist durch Umstände, die er nicht zu vertreten hat, unmöglich war. Das Verschulden des Bevollmächtigten geht zu Lasten der Partei.
2. Die Entscheidung über den Antrag trifft der VG-Vorsitzende.

§19 Wiederaufnahme

1. Die Wiederaufnahme eines rechtskräftig abgeschlossenen Verfahrens ist nur zulässig, wenn neue Beweismittel und Tatsachen beigebracht werden,
 - a) welche der Antragsgegner in dem früheren Verfahren nicht gekannt hatte und ohne sein Verschulden nicht geltend machen konnte und wenn
 - b) diese Tatsachen und Beweismittel geeignet sind, allein oder in Verbindung mit den früher erhobenen Beweisen günstigere Entscheidung zu begründen.
2. Über den gestellten Antrag entscheidet das VG endgültig.

§20 Vollstreckung

Entscheidungen des VG mit Ausnahme der Kostenentscheidung werden vom Vorstand vollstreckt.

§21 Gnade

Dem Vorstand steht das Recht zu, im Gnadenwege einstimmig rechtskräftige Vereinsstrafen zu mildern oder zu erlassen.

§22 Kosten, Auslagen

1. Die Zeugenauslagen und Kosten der Sachverständigen werden entsprechend den in der Spesenordnung festgesetzten Spesenabsätzen berechnet. Gleiches gilt für die Reisekosten der VG-Mitglieder und deren Auslagen.
2. Der Antragsteller - ausgenommen der Vorstand - hat einen Vorschuss in Höhe von 250 € zu leisten und Zahlungsnachweis zu führen. Vorschüsse auf Kosten und Auslagen sind unter Angabe des Geschäftszeichens des Verfahrens auf ein vom Schatzmeister zu führendes Sonderkonto zu zahlen.
3. Wer zur Tragung der Verfahrenskosten verurteilt ist, hat auch die notwendigen Auslagen des Gegners zu erstatten, die vom VG-Vorsitzenden auf Antrag festgesetzt werden.

§23 Aktenaufbewahrung Aktenvernichtung

1. Die Akten rechtskräftig abgeschlossener Verfahren werden in der Geschäftsstelle aufbewahrt.
2. Die Akten dürfen nicht vor Ablauf von 10 Jahren vernichtet werden. Akteneinsicht ist neben den jeweiligen Verfahrensbeteiligten und deren Verfahrens bevollmächtigten nur Personen gestattet, die eine schriftliche Genehmigung des Vorstandes vorlegen; sie darf durch den Vorstand nur gewährt werden, wenn ein berechtigtes Interesse glaubhaft gemacht wird und Interessen des Vereins nicht entgegenstehen. Abschriften mit Ausnahmen der schriftlichen Entscheidung (§15) dürfen nicht hergestellt werden. Der jeweilige VG-Vorsitzende hat jederzeit ungehindert freien Zugang zu allen Verfahrensakten.

